



Lage in der DDR (34) 15.11.

15. November 1956

Information Nr. 338/56 – Betrifft: Die Lage in der Deutschen Demokratischen Republik, am 15.11.1956 von 8.00 bis 20.00 Uhr eingegangenes Material.

Quelle

BStU, MfS, AS 85/59, Bl. 271–277 (2. Expl.: zurückgegebenes Mielke-Exemplar).

Serie

Informationen.

Verteiler

KGB Berlin-Karlshorst (»Freund«) – MfS: Wollweber, Mielke, Last, Walter, Markus Wolf, Beater, Ablage.

I. Industrie

Dresden: Der technische Leiter (SED) des VEB Sachsenwerk Radeberg, [Kreis] Dresden[-Land], (will) ¹ beabsichtigt seine Funktion niederzulegen, da er sich dieser Funktion nicht gewachsen fühlt. Ebenfalls beabsichtigt der Werkleiter seine Funktion niederzulegen, da er laufend Differenzen mit der HV Finanzen hat.

Rostock: In der Neptun-Werft Rostock musste wegen der Stromversorgung die 2. Schicht von 14.30 Uhr auf 20.30 Uhr verlegt werden. Die gesamte 2. Schicht erschien nicht um 20.30 Uhr, sondern um 14.30 Uhr. Diese Tatsache lässt auf eine organisierte Aktion schließen. Nach Aussprachen mit den Arbeitern wird die 2. Schicht um 20.30 Uhr durchgeführt. Im Werk Schiff- und Maschinenbau wird die Einführung der Nachtschicht konsequent abgelehnt. Diskussionen über die veränderten Schichtzeiten gibt es ebenfalls in der Schiffsbau- und Reparaturwerft Stralsund sowie in der Volkswerft Stralsund.

II. Landwirtschaft

Magdeburg: In fünf Wahlversammlungen der VdgB im Kreis konnte festgestellt werden, dass werktätige Bauern eine Kandidatur ablehnen. Die Großbauern nutzten die Gelegenheit aus, um selbst gewählt zu werden. Sie äußern, dass die Wahlordnung keine Ablehnung der Großbauern als Kandidaten enthält.

Halle: Am 14.11.1956 brannte bei dem Großbauern [Name], Hohenmölsen, eine Scheune vollkommen ab. Sachschaden = 40 000 DM, Ursache: durch Kinderhand.

Frankfurt/O.: In Stolpe, [Kreis] Angermünde, fordern die Bauern eine 30%ige Sollherabsetzung in Getreide (Hauptinitiatoren dieser Forderung 3 Altbauern). Ebenso wollen dort die Bauern einen Misstrauensantrag stellen, um den Rat der Gemeinde aufzulösen.

III. Studenten und Schulen

Magdeburg: In der Lindenhofschule Magdeburg, Klasse 7 b, wurde ein Zettel herumgereicht mit folgendem Inhalt: »Hier spricht der Freiheitssender Klasse 7 b. Ab sofort werden keine Antworten mehr in Russisch gegeben und keine Hausaufgaben gemacht!« An der Hochschule für Schwermaschinenbau wird weiterhin über den Russisch-Unterricht und das gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium diskutiert.² Dabei stehen besonders die Methoden und die Prüfungen in diesen Fächern im Mittelpunkt.

Leipzig: Von fünf Studenten (3 Studenten von der ABF Jena) wurde an der veterinärmedizinischen Fakultät, 1. Studienjahr, eine Resolution ausgearbeitet und zur Unterschrift unter den Studenten herumgereicht. Sie enthielt Forderungen gegen den Russisch-Unterricht und eine Stellungnahme gegen die Ausführungen des Genossen Schirdewan.³ Am 8.11.1956 reichte ein Student der landwirtschaftlich-gärtnerischen Fakultät, 1. Studienjahr, einen Zettel herum. Inhalt: »Wer ist gegen den Russisch-Unterricht, wir fordern – kein Russisch.«

Halle: In der 6. Klasse der Thälmannschule Sangerhausen protestieren die Kinder gegen Russisch. Sie schrieben an die Wandtafel: »Russisch ist schwer, drum lernen wir nicht mehr.« Zwei Schüler verteilten handgeschriebene Zettel »Nieder mit Pieck«.

Westberlin: In einer Versammlung der »Freien Universität« wurde eine Resolution, in der zum Ausdruck kam, dass sich die Studenten von den Vorfällen am Brandenburger Tor distanzieren, mit der Begründung abgelehnt, dass Studenten freie Menschen sind, die nach der Schule machen können was ihnen passt. Eine zweite Resolution mit einem Tadelantrag gegen Franz Neumann⁴ wegen seiner Ausführungen am Schöneberger Rathaus wurde angenommen.⁵

IV. Besondere Vorkommnisse

- Frankfurt/O.: In Rehfelde, [Kreis] Strausberg, soll sich eine Kampfgruppe gegen den Kommunismus gebildet haben. (Überprüfungen erfolg
- In Westberlin wird zur Auswanderung nach Kanada mit dem Hinweis geworben, dass ehemalige Ostzonenbewohner ohne Wartezeit zugelassen werden, sofern sie einen Notaufnahmeschein besitzen.⁶ Erteilung eines Visums erfolgt nach drei Monaten. Vergünstigungen werden durch die kanadische Regierung gewährt:
 - Ein Überfahrtskredit der zinsfrei und nach zwei Jahren zurückzuzahlen ist.
 - Familienbeihilfe = für jedes Kind monatlich (bis 16 Jahre) fünf Dollar = 21,00 DM, Dauer 12 Monate. Nach einjährigem Aufenthalt in Kanada kann für diese Kinder allgemeine Familienbeihilfe bezogen werden.
- Rostock: Um 14.05 [Uhr] wurde im Bereich Grevesmühlen [ein] »Hecht 51«⁷ mit drei Personen in Uniform als Insassen festgestellt. Zur gleichen Zeit flog über dem Wagen »Hecht 51« ein Flugzeug unbekannter Nationalität auf und ab. 25 Minuten später wurde das gleiche Fahrzeug in Wismar mit vier Personen in Uniform gesichtet. Circa zwei Stunden später wurde »Hecht 51« in Rostock gesehen.
- Sechs Zerstörer unter schwarz-rot-goldener Flagge sind im Hafen von Travemünde eingelaufen. Zwei größere Schiffe liegen noch in der Lübecker Bucht.

V. Feindtätigkeit

Berlin

- Am 13.11.1956 wurden im Ministerium für Gesundheitswesen (1) und in der Freienwalder Straße (29) Flugblätter gefunden. Inhalt:
 1. »Genosse kehre um« vom Ausschuss für Freiheit und Recht in der sowjetischen Besatzungszone.
 2. »BZ am Abend verboten – Veröffentlichung der Rede Gomulkas⁸ vor dem ZK unerwünscht.«⁹
 3. »Der Terror-Apparat der Partei auf der Anklagebank.« (KgU)¹⁰
 Ein unter 3. angeführtes Flugblatt wurde am 14.11.1956 am Haus der Einheit, Berlin-Mitte, gefunden.

Erfurt

- Am Gebäude der Reichsbahnberufsschule in Erfurt wurde am 14.11.1956 eine Hetzlosung gegen die SED, die sowjetischen Truppen, für fr Wahlen und Adenauer¹¹ festgestellt.

Halle

- Am 14.11.1956 wurde durch eine Reisende der Trapo in Halle eine Hetzschrift übergeben.

Suhl

- Im VEB Kaliwerk »Einheit« Dorndorf, Bad Salzungen, Schachtanlage Springen, wurden am 14.11.1956 die Hetzlosungen: »Noch eine Spenc für die Russen in Ungarn«¹² und »Auch die Freiheit lieben wir« an zwei Förderwagen festgestellt.

Dresden

- Die Kreisleitung der SED Meißen erhielt eine Trauerkarte durch die Post zugestellt, auf der gefragt wird, wann die SED mitsamt den Russen abzieht. Dazu wurde inniges Beileid gewünscht.
- Ein Privatunternehmer aus Lauenstein, [Kreis] Dippoldiswalde, erhält seit längerer Zeit Telefongespräche und Briefe mit der Aufforderung Westberlin zu kommen.
- Im Tunnel Glashütte – Bärenhecke, [Kreis] Dippoldiswalde, wurde ein Totenkopf sowie »Hier lauert der Tod« und »Rache all denjenigen, die gegen den Ku Klux Klan sind«,¹³ angeschmiert.
- Auf der Straße von Mohorn – Grillenburg, [Kreis] Freital, wurde ein Hakenkreuz (Düngekalk) gestreut.

Leipzig

- Zum zweiten Mal wurden in der Berufsschule Metall in Leipzig neun Hetzschriften mit: »Die bolschewistischen Panzer kennen keine Grenzen des Rechts, seid wachsam« gefunden. Die gleichen wurden bereits viermal im Stadtzentrum von Leipzig abgelegt. Am 14.11.1956 wurde eine gleiche Hetzschrift in Leipzig Gottsched-/Ecke Elsterstraße gefunden.

1

Klammersetzung im Original.

2

Das Gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium (GEWI) wurde 1951 an den Universitäten der DDR eingeführt. Es war für Studenten aller Fachrichtungen verpflichtend und umfasste die Gebiete dialektischer und historischer Materialismus, politische Ökonomie des Sozialismus und Kapitalismus sowie wissenschaftlicher Sozialismus. Jedes dieser Fächer musste mit einer Prüfung abgeschlossen werden.

3

Karl Schirdewan, Jg. 1907, SED-Politiker, 1952–58 Sekretär für Kaderfragen im Sekretariat des ZK der SED, 1953–58 Mitglied des Politbüros des ZK der SED, 1953–57 Leiter der Abteilung Leitende Organe der Partei und der Massenorganisationen beim ZK der SED, 1952–58 Abgeordneter der Volkskammer. – Am 1.11.1956 traf sich Schirdewan mit Studenten der Medizinischen und der Veterinärmedizinischen Fakultät der Humboldt-Universität zu einer »Aussprache über aktuelle Fragen und über Probleme der Studenten«. Schirdewan verteidigte darin u. a. die Notwendigkeit des Gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums, erklärte, dass Meinungen und »Vorschläge« der Studenten

»in erster Linie in den Hochschulgruppen der FDJ« besprochen werden müssten und sprach sich gegen Demonstrationen aus, die nur dem »Gegner« nützten. Vgl. Geschlossen gegen die Feinde der Nation. Karl Schirdewan vor Studenten der Humboldt-Universität. In: ND v. 4.11.1956, S. 2. Das Gespräch ist dokumentiert in: Forum. Zeitschrift der demokratischen Studenten Deutschlands 10(1956)17, S. 3 f.

4

Franz Neumann, Jg. 1904, SPD-Politiker, 1946–58 Vorsitzender der Berliner SPD, 1946–60 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung bzw. des Abgeordnetenhauses von Berlin, 1949–69 MdB.

5

Am Abend des 5.11.1956 fand vor dem Schöneberger Rathaus in Westberlin auf Initiative des Westberliner Senats und des Abgeordnetenhauses eine Protestkundgebung gegen die sowjetische Intervention in Ungarn statt. Es sprachen u. a. die Berliner Landesvorsitzenden von SPD und CDU, Franz Neumann und Ernst Lemmer, und der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der FDP im Berliner Abgeordnetenhaus Paul Ronge. An der Kundgebung nahmen über 100 000 Personen teil. Im Anschluss an die Kundgebung formierte sich spontan ein Demonstrationzug aus etwa 12 000 Personen, der in Richtung Brandenburger Tor marschierte. Es kam zu Ausschreitungen, die die Westberliner Polizei mithilfe von Wasserwerfern und Gummiknüppeln eindämmte. Vgl. dazu Reichart, Hans J.; Drogmann, Joachim; Treutler, Hanns U. (Bearb.): Berlin. Chronik der Jahre 1955–1956. Hg. im Auftrage des Senates von Berlin. Berlin 1971, S. 641–643. Siehe auch Information [311/56](#).

6

Um als politische Flüchtlinge anerkannt zu werden, mussten Flüchtlinge aus der DDR in einem der drei zentralen Notaufnahmehäuser Berlin-Marienfelde, Gießen und Uelzen das Bundesnotaufnahmeverfahren durchlaufen. Vgl. Kimmel, Elke: Das Notaufnahmeverfahren. In: Effner, Bettina; Heidemeyer, Helge (Hg.): Flucht im geteilten Deutschland. Berlin 2005, S. 115–133.

7

Um was für ein Fahrzeug es sich hier handelt, ließ sich nicht ermitteln.

8

Władysław Gomułka, Jg. 1905, polnischer kommunistischer Politiker, 1942 Mitbegründer, 1943–48 Generalsekretär der Polnischen Arbeiterpartei (Polska Partia Robotnicza – PPR) sowie 1945–49 stellvertretender Ministerpräsident Polens und Minister für die wiedergewonnenen Gebiete, Ende 1949 aus der PVAP ausgeschlossen, 1951 verhaftet, Ende 1954 aus der Haft entlassen, am 21.10.1956 zum Ersten Sekretär der PVAP gewählt. Am Tag nach der Wahl hielt Gomułka eine Rede vor dem Plenum des ZK, in der er u. a. Systemänderungen ankündigte, die Möglichkeit »verschiedener Wege zum Sozialismus«, die Abkehr vom Personenkult und die Unabhängigkeit eines jeden sozialistischen Staates postulierte sowie die Einschätzung des Posener Aufstandes im Juni als »Werk imperialistischer Agenten« revidierte. Die Rede Gomułkas ist gekürzt dokumentiert in: Ost-Probleme 8(1956)45, S. 1553–1567.

9

Am 22.10.1956 wurden 200 000 Exemplare der Ostberliner Tageszeitung »BZ am Abend« eingezogen. Die BZ am Abend hatte – als einzige Zeitung in der DDR – in dieser Ausgabe einen kurzen Auszug aus der Antrittsrede Gomułkas sowie ein Bild veröffentlicht. Vgl. Politische und wirtschaftliche Probleme Volkspolens. Aus der Rede Gomułkas auf der 8. Plenartagung des ZK. In: BZ am Abend v. 25.10.1956, S. 2.

10

Die »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit« (KgU) war eine u. a. von US-amerikanischen Geheimdienststellen finanzierte und angeleitete antikommunistische Organisation, die von Westberlin aus mittels Propaganda und zeitweise auch mit militanten Aktionen den Widerstand gegen das SED-Regime unterstützte. Sie wurde 1949 u. a. von Rainer Hildebrandt gegründet, 1951 übernahm Ernst Tillich die Leitung. 1959 wurde die KgU aufgelöst. Vgl. Heitzer, Enrico: Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU). Widerstand und Spionage im Kalten Krieg 1948–1959. Köln 2015.

11

Konrad Adenauer, Jg. 1876, CDU-Politiker, 1949–63 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, 1950–66 Bundesvorsitzender der CDU.

12

Hier wird Bezug genommen auf den Volksaufstand in Ungarn, der am 23.10.1956 mit Demonstrationen in Budapest begann, die sich in den folgenden Tagen auf das ganze Land ausweiteten. Bereits am Abend des 23.10. bat Parteichef Ernő Gerő die sowjetische Armee um Hilfe. Am 24.10. wurde die Forderung der Demonstranten nach der Berufung des reformorientierten Kommunisten Imre Nagy zum Ministerpräsidenten erfüllt, am 25.10. wurde Parteichef Gerő durch Janos Kádár ersetzt. Zeitgleich kam es zu Angriffen auf die Demonstranten, bei denen etwa 200 Personen getötet wurden. Am 30.10. bildete Nagy eine Mehrparteienregierung und am 1.11. erklärte er die Neutralität Ungarns und den Austritt aus dem Warschauer Pakt. Am 4.11. wurde Nagy als Ministerpräsident abgesetzt und durch Kádár ersetzt, die sowjetische Armee griff erneut ein. Bis zum 15.11. gab es heftige Kämpfe im Land, denen aufseiten der Aufständischen etwa 2 500 Menschen zum Opfer fielen. In den folgenden Wochen wurden Oppositionelle scharf verfolgt, etwa 200 000 von ihnen flohen ins westliche Ausland. In der DDR wurde der Aufstand offiziell als »faschistischer Putsch« oder »Konterrevolution« bezeichnet. Für die Opfer aufseiten der sowjettreuen Kräfte wurden Spenden gesammelt. Vgl. dazu u. a. Varga, László: Der Fall Ungarn. Revolution, Intervention, Kádárismus. In: Engelmann, Roger; Großbölting, Thomas; Wentker, Hermann (Hg.): Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung 1956 und die Folgen. Göttingen 2008, S. 127–136.

Der Ku-Klux-Klan ist ein erstmals in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aktiver, 1915 neu gegründeter militanter rassistischer Geheimbund, der insbesondere gegen die Emanzipation der von den afrikanischen Sklaven abstammenden schwarzen Bevölkerung der USA kämpft.